

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 182 (2016)
Heft: 9

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europäische Union

Cybersecurity

Die Europäische Union wird im Rahmen ihres Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont 2020 ca. 450 Mio. Euro für Cybersecurity einsetzen. Ein Aktionsplan, der die Zusammenarbeit von privaten und öffentlichen Institutionen fördert, generiert ein erwartetes Wirtschaftsvolumen von bis zu 1,8 Mia. Euro. Davon geht zumindest die EU-Kommission aus. Sie ist es auch, welche mit dem Branchenverband ECSO – European Cyber Security Organisation – die weiteren Schritte koordiniert. Eine Studie zeigte nämlich, dass mindestens 80 % der europäischen Unternehmen im letzten Jahr einen Cybersecurity-Zwischenfall verzeichneten.



Handshake zwischen ECSO und EU.

ten. Im Zuge der Vereinheitlichung des europäischen digitalen Binnenmarktes (European Digital Single Market) soll dieser nun besser vor Cyber-Angriffen geschützt und gleichzeitig wettbewerbsfähiger werden. Die EU-Kommission sieht

grossen Nachholbedarf und will 28 nationale Märkte in einem einzigen zusammenführen. Insofern erscheint es schlüssig, dass auch in diesem Sektor eine EU-weite Standardisierung angestrebt wird. Das selbsterklärte Ziel dabei: jährlich 415 Mia.

Euro Umsatz und hunderttausende Arbeitsstellen. Der Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther H. Oettinger stellt klar: «Europa braucht hochwertige, erschwingliche und interoperable Produkte und Dienste für die Cyber-Sicherheit.» Ziel sei es, dass alle Mitgliedstaaten und Fachgremien ihre Zusammenarbeit verstärken und damit die eigene (europäische) Cyber-Abwehrfähigkeit gestärkt wird, so Oettinger. Ganz auf der Linie mit der Europäischen Sicherheitsagenda und den Annahmen zur Abwehr von hybriden Bedrohungen, werden deshalb auch gesamteuropäische IT-Noteneinsatzteams (Computer Security Incident Response Teams, CSIRT) aufgebaut.

Polen

Ambitionierte Luftverteidigung

Im Zuge der Streitkräftemodernisierung 2017–2022 wird Polen seine Luftabwehr massiv aufrüsten. Es geht dabei um die Existenz des Landes, so der polnische Verteidigungsminister Antoni Macierewicz. Denn ab 2019 will Russland in Kaliningrad ballistische Iskander Kurzstreckenraketen aufstellen. Laut Macierewicz sei es klar, dass diese (russischen) Raketen beispielsweise Warschau oder eine baltische Hauptstadt treffen können, aber auch Deutschland. Deshalb gibt es nur einen wirksamen Schutz dagegen, eine moderne, bodengestützte Luftverteidigung. Polen will nun für bis zu 15 Mia. Dollar Aufträge verteilen. Dazu fanden bereits vertiefte Gespräche mit Raytheon statt. Für die Luft- und Raketenabwehr mittlerer Reichweite könnte das PATRIOT-System in Frage kommen. Anlässlich einer gemeinsamen militärischen

Übung konnten polnische Soldaten bereits 2015 mit dem US-amerikanischen 10th Army Air and Missile Defense Command den Einsatz von PATRIOT-Raketen im eigenen Land üben. Nun wird der Entscheid zugunsten Raytheon bis Ende dieses Jahres erwartet. Ob dies für den Konkurrenten

Lockheed Martin Konsequenzen hat, bleibt offen. Dessen MEADS gilt als Ablösesystem von PATRIOT. Für Polen ist derzeit aber vor allem wichtig, ein «plug and play»-Produkt zu erhalten, was die komplexe Architektur von MEADS nicht bieten kann. Experten gehen davon aus, dass Raytheon

nicht vor 2022 liefern wird. In der Zwischenzeit wird sich Polen deshalb auf das AEGIS Ashore Raketenabwehrsystem verlassen, welches unter US-Schirmherrschaft ganz im Norden des Landes ab 2018 seinen Betrieb zugunsten des NATO-Raketenschutzschildes aufnimmt.



PATRIOT in Sochachew, Polen.

Bild: NATO

Deutschland

Weissbuch gegen die harte Realität?

Eine Reform der Streitkräfte soll primär aus sicherheitspolitischer Notwendigkeit erfolgen und sich weniger von Finanzen oder parteipolitischen Querelen leiten lassen. Zu dieser Erkenntnis kam auch die deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen. In diesem Sinne präsentierte sie im Juli das neue Weissbuch zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr. Als Grundlagendokument dient es zur strategischen Standortbestimmung und stellt Beziehungen zwischen ressortübergreifenden (sämtliche Bundesministerien) Themen her. Just nachdem sich Grossbritannien aus der EU verabschieden will, stellt Deutschland also seine Selbstwahrnehmung in den Mittelpunkt des Berichts: Zentraler Akteur in Europa. Für die Bundeswehr bedeutet dies steigende Herausforderungen infolge zunehmenden militärischen Verpflichtungen. Denn auch die Partner und Verbündeten (NATO und EU), so das Weissbuch, haben ihre Erwartun-

gen an Deutschland erhöht. Entsprechend wird noch mehr Flexibilität gefordert. Beinahe blendet der Bericht aber die Probleme mit der derzeit wichtigsten Ressource für die Sicherstellung der deutschen Ambitionen aus; infolge der Aussetzung der Wehrpflicht vor fünf Jahren findet «der Bund» fast keine Spezialisten (z.B. IT-Experten und medizinisches Personal) mehr. Entsprechend bleibt jede dritte Dienststelle in gewissen militärischen Fachdiensten unbesetzt. Dies beschäftigt auch von

der Leyen, welche aber klarerweise die Schuld dafür bei ihrem Vor-Vorgänger zu Gutenberg sucht. Daneben führt die im Zuge des sogenannten Attraktivitätsprogramms für die Streitkräfte übernommene europäische Arbeitszeitrichtlinie von 41 Wochenarbeitsstunden möglicherweise dazu, dass die deutsche Marine ab Herbst bis zum neuen Jahr ihre Zeitsaldi kompensieren wird und entsprechend nicht auslaufen kann. Die Verantwortung für den Überstundenberg muss die Verteidigungs-

ministerin hingegen selbst tragen. Aktuelle Zahlen sind nicht verfügbar, aber bereits 2013, noch während der gesetzlichen 46-Stunden-Woche, wurden laut einem Beratungsunternehmen mehr als 1 Mio. Überstunden monatlich angehäuft.

Andere Waffengattungen haben ähnliche Probleme: bei der Luftwaffe zeigt das A400M-Debakel Wirkung. Von offizieller Seite wurde bekannt gemacht, dass sich demnächst zwei Fähigkeitslücken eröffnen. Erstens kann nicht mehr soviel wie gefordert transportiert werden und zweitens stehen keine geeigneten Mittel für kritische Missionen (in Kriegsgebiete, für Evakuationen, usw.) zur Verfügung. Deshalb plant die Luftwaffe nun gemeinsam mit Frankreich, allenfalls auch England, altgediente Maschinen des Typs HERKULES C-130 zu beschaffen. Da dieser Typ weder in die Weissbuchstrategie noch in das aktuelle Beschaffungskonzept passt, nimmt das Verteidigungsministerium derzeit noch keine Stellung.



Kampf an allen Fronten.

Bild: Bundeswehr

Russland

Russland ist zurück?

Als Reaktion auf die von der NATO am Warschauer Gipfel beschlossene Truppenaufstockung in Osteuropa hat der russische Verteidigungsminister Shoigu die Verstärkung russischer Präsenz entlang seiner Südwestflanke angeordnet. Somit stehen laut Shoigu vier Divisionen, neun Brigaden und 22 Regimenter autark in der Region am Schwarzen Meer bereit. Auch in der Ukraine wurden im letzten Monat die russischen Truppen aufgestockt, 7000 reguläre Soldaten stehen im Donbas. Die Krim wurde mittlerweile in

den Förderationskreis Südrussland eingebunden, was seitens Kiews eine Intervention beim UN-Sicherheitsrat bewirkte. Diese scheiterte jedoch infolge des Vetos des permanenten Mitglieds Russland. Am Polarkreis steht die Marine vor dem Entscheid, eine bewaffnete Eisbrecherflotte zur Sicherung der Arktis zu beschaffen. Diese Schiffe müssten gänzlich neu konstruiert werden. Sie würden weltweit ein Novum darstellen. Eine gemeinsame Übung mit China im Südchinesischen Meer wird per Ende September erwartet und sorgt bereits jetzt für Spannungen. Die USA fürchtet einmal mehr

um die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit im betroffenen Gebiet. Und nachdem der amerikanische Präsidentschaftskandidat Trump den russischen Geheimdienst aufforderte, noch mehr gehackte E-Mails seiner Kontrahentin Clinton zu veröffentlichen, teilte der Föderale Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation (FSB) ohne Verdächtige zu nennen mit, eine grossangelegte Cyber-Kampagne gegen Russland vereitelt zu haben. Mehr als 20 staatliche Organisationen wurden offenbar professionell infiltriert. Dies nur Tage nachdem bekannt wurde, dass sowohl der

FSB, als auch der militärische Geheimdienst GRU die Server von Hillary Clintons Wahlkampfbüro und des Democratic National Committee hackten. In alter «KGB-Manner» wird zudem erwartet, dass vom Kreml bezahlte sogenannte Internet-Trolls die Meinungsbildung in den USA im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen mittels Social Media beeinflussen werden. Hier passt es gut ins Bild, wenn der Supreme Allied Commander Europe, also der NATO-Oberbefehlshaber General Curtis M. Scaparrotti Ende Juli meint: «Russland ist zurück!».

Singapur und Korea

Bundespräsident Schneider-Ammann auf Staatsbesuch

Es war eine kurze, aber intensive Asien-Reise: Bundespräsident Schneider-Ammann besuchte in einer Woche Singapur, Südkorea und die Mongolei. Zwar wurden die Agen-

den von der Wirtschaftspolitik dominiert, doch in Singapur erkundigte sich seine Delegation nach der Cybersecurity-Strategie des Stadtstaates.

Eine spezielle Sicherheitsagentur wurde in Singapur dafür eingerichtet. Sie kümmert sich zunächst um die Anliegen des Staates und seiner Insti-

tutionen, doch sie ist auch offen für Partnerschaften mit Branchen und Unternehmen. Vor allem der Innovations-, Finanz- und Werkplatz steht im Vordergrund.

Die Strategie wird in Form eines Fünfjahresplans operationalisiert. Erste Priorität geniesst der Schutz der kritischen

Informatik-Infrastruktur. Die zweite Priorität ist der Schutz der Verbindungs- und Kommunikationsfreiheit der Regierung, der Unternehmen und der Bevölkerung. Für die Umsetzung stehen zunächst 30 Millionen Franken in einem Fond, der zunehmend geöffnert werden soll.

Südkorea

Neues Raketenabwehrsystem

Das US-Militär will ein Raketenabwehrsystem in Südkorea stationieren. Ein Sprecher des Pentagon sagte, eine Einheit des mobilen Terminal High Altitude Area Defense, THAAD-Systems solle so schnell wie möglich nach Südkorea verlegt werden. Derzeit liefen dazu Beratungen mit der südkoreanischen Regierung. Doch die Meinungen im Land der morgendlichen Ruhe sind gespalten.

Südkorea hatte unmittelbar nach dem neuesten nordkoreanischen Test angekündigt, dass es die USA um die Raketenabwehr bitten werde. Aus Verteidigungskreisen in Washington hiess es, dass das THAAD-System binnen zweier Wochen verlegt werden könne. Das System feuert Abfangraketen ab, die feindliche Geschosse in der Luft zerstören. Laut einer Bemerkung von Präsidentin Park soll das System im Jahr 2017 in der Südpublik funktionsfähig sein.

Ein Abwehrsystem gegen nordkoreanische Raketen ist schon länger im Gespräch. Bis-



Mobiles THAAD.

Bild: Wikimedia

lang hat Südkorea aber eine grössere Debatte darüber vermieden, um seinen wichtigsten Handelspartner China nicht zu verärgern. Die Regierung in Peking lehnt ein solches Raketenabwehrsystem auf der koreanischen Halbinsel strikt ab.

China reagierte prompt. Die Regierung sei besorgt darüber, dass ein System aufgebaut werden könnte, dessen Radar in chinesisches Hoheitsgebiet eindringe. Wenn ein Land sich um seine eigene Sicherheit kümmere, sollte es nicht die Sicherheitsinteressen

anderer Länder beeinträchtigen, teilte das chinesische Aussenministerium mit. Das Pentagon versicherte, dass sich die Raketenabwehr einzig gegen Nordkorea richten werde.

Russland hat die geplante Stationierung eines US-Raketenabwehrsystems in Südkorea scharf kritisiert und vor irreparablen Konsequenzen gewarnt. Der Raketenschild könne die Stabilität in der Region gefährden und sogar eine negative Auswirkung auf die weltweite Stabilität haben, erklärte das Aussenministerium in

Moskau und warnte insbesondere vor zunehmenden Spannungen und neuen Problemen auf der koreanischen Halbinsel.

Doch auch in Südkorea sind die Meinungen verschieden. Die erstarkte sozialdemokratische Opposition im Parlament verlangte eine Serie von Abstimmungen dazu. Einige Demonstrationen auf den Strassen gegen eine Stationierung des THAAD fanden bereits statt. Und selbst die Medien – welche nominell frei und doch oft offiziös sind – meldeten Vorbehalte an.

Südchinesisches Meer

Ruhe, Zähneknirschen und Säbelrassen

Nach dem Schiedsspruch des Internationalen Schiedshofes im maritimen Recht ist

wieder Ruhe in Südostasien eingekehrt – aber angespannte Ruhe. Verschiedene Parteien versuchen, sich unterschwellig, aber deutlich zu positionieren. Nur eine Par-

tei versucht es partout nicht: Asean.

Die Stillen: Der Verband der Südostasiatischen Nationen (Asean) hat keine Einigung im Territorialstreit im Südchi-

nesischen Meer erreicht. Kurz nach der Veröffentlichung des Schiedsspruches fand ein Treffen der Asean-Länder statt – das Treffen war aber schon vorher regulär einberufen wor-

den. In der Schlussklärung liess der laotische Vorsitz weder den Schiedsspruch erwähnen noch China rügen. Stattdessen heisst es lediglich, der Zehn-Staaten-Bund sei ernsthaft besorgt über die Landaneignungen und Eskalation der Aktivitäten (im Allgemeinen, nicht im südchinesischen Meer). Asean ist zwar ein Freihandels- und kein Verteidigungsbündnis, doch die Ländergruppe hatte sich schon in der Vergangenheit zu Gunsten der Mitglieder gegen China ausgesprochen. Hinter dem ak-

tuellen Stillschweige-Manöver wurden Kambodscha und Laos vermutet, die durch Kredite und Hilfszahlungen eng mit China verbunden sind.

Die Aktiven: Seit dem Schiedsspruch von Den Haag verschärfen Vietnam und die Philippinen ihren Reisepassstreit mit China. Urlauber aus der Volksrepublik China halten an Vietnams internationalem Grenzübergang Mong Cai den Betrieb auf. Bis zu 3000 Chinesen kommen dort täglich durch. Doch seit kurzem durchforsten Grenzbeam-

te ihre Pässe. Genauso werden Chinesen in den philippinischen Flug- und Meerhäfen gehandhabt. Chinesische Reisepässe, die eine Karte des Landes mit dem südchinesischen Meer zeigen, werden für ungültig erklärt. Der Passstreit Chinas mit Vietnam und den Philippinen gärt seit 2012, nun ist er erneut ausgebrochen.

Die Militaristen: China und Russland wollen in Zukunft gemeinsame Militärmanöver im umstrittenen Südchinesischen Meer durchführen. Eine dritte Partei ist laut China nicht

beteiligt. Peking versichert, die Übungen seien nicht gegen andere Länder gerichtet. Experten hatten zuvor gewarnt, dass Peking seine Militärpräsenz im Südchinesischen Meer erhöhen könne. Erst vor zwei Wochen hatte der Internationale Schiedsgerichtshof in Den Haag Chinas Ansprüche auf mehr als 80 Prozent des Meeresgebietes abgewiesen. Peking wiederum lehnt das Urteil ab, weil die chinesische Führung die Zuständigkeit des Schiedsgerichts nicht anerkennt.

Guam

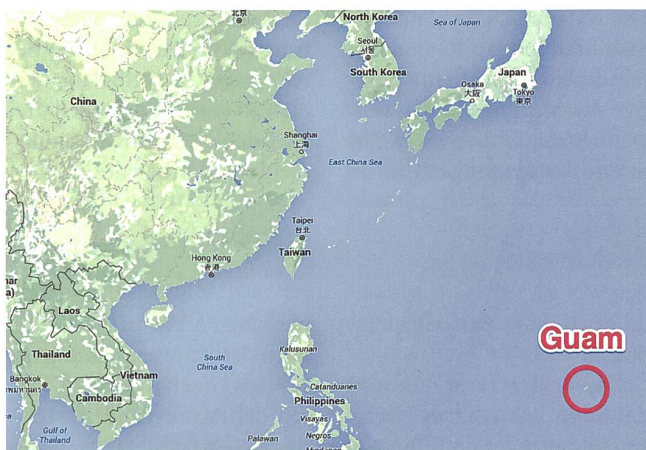
Aufrüstung wegen Nordkorea

Guam ist eine kleine Insel im Westpazifik. Als nichtinkorporiertes Territorium der USA beherbergt Guam verschiedene Militärstützpunkte der US-Armee, Luftwaffe, Marine und andere. Diese Stützpunkte nehmen nicht nur mehr als 25% der Fläche ein, sie beschäftigen auch um die 40% der 180 000-Personen starken Bevölkerung der Insel. Auch wenn Abbaupläne angekündigt sind, wurde das Militär in letzter Zeit sogar aufgestockt.

Grund dafür sind die immer prekärer werdende Lage im Südchinesischen Meer und vor allem die Aufrüstung in

Nordkorea. Nach den letzten Raketentests des Kim-Regimes wurden sowohl zusätzliche mobile THAAD-Systeme als auch mehrere B1-Bomber nach Guam beordert. B1-Flieger sind Tarnkappenbomber, die Nuklearwaffen führen können. Sie sind ultraschallfähig. Das Pentagon wollte aber die Anzahl der abkommandierten Jets nicht nennen. Schon im Januar dieses Jahres wurden 12 F-16 wegen Nordkorea in Guam stationiert.

Experten zufolge verfügt Nordkorea über bis zu zehn Nuklear-Gefechtsköpfe aus Plutonium. Allerdings fehlt ein geeignetes Transportmittel wie U-Boote oder Langstreckenraketen, um die Waffen weltweit einsetzen zu können.



Guam.

Bild: Businessinsider

Chile



Beisetzung des von der Polizei von hinten erschossenen Mapuche. Bild: Genehmigung von Südwind, Österreich

Noch eine Waffenruhe in Südamerika

Nachdem in Kolumbien eine Waffenruhe zwischen der Regierung und der Farc-Guerilla eingeleitet werden konnte, scheint sich die (wesentlich ruhigere) Situation in Chile auch zu verbessern. Vertreter der chilenischen Ureinwohner haben der Regierung von Präsidentin Michelle Bachelet eine Waffenruhe angeboten, um Gespräche über ihre Forderungen in Gang zu setzen. Man sei bereit, ein politisches Abkommen auszuhandeln.

Die Mapuche sind die Ureinwohner im Süden von Chile und Argentinien. Nach der chilenischen Unabhängigkeit

(1818) begann in den 1860er Jahren ihre Entrechtung: Einmarsch der Armee, Enteignung, Niedergang der eigenen Traditionen und Sprache. Erst seit einigen Jahren setzt eine Neubewertung auf die eigene Kultur und Identität ein.

Eine kleine Minderheit radikalisierte sich politisch. Sozial zählen die Mapuche in Chile zum ärmsten und am wenigsten gebildeten Teil der Bevölkerung. Zuletzt gab es in Chile wiederholte Brandanschläge auf kirchliche Einrichtungen, zu der sich radikale Mapuche bekannten.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*